



CC Wikipedia/Mjpresson

Hartes Vorgehen gegen Cannabis-Läden gestartet (Crackdown on California pot dispensaries begins)

7. Oktober 2011 | [Corey Moore](#) & [Julie Small](#) | KPCC & wires

Befürworter von Cannabis als Arzneimittel protestierten am 7. Oktober 2011 vor der US-Staatsanwaltschaft in Sacramento, als Beamte an einer Pressekonferenz über ihre Pläne gegen die Verkaufsläden von medizinischem Marihuana (medical marijuana dispensaries) in Kalifornien vorzugehen, orientierten. FBI-Agenten führten in North Hollywood Razzien gegen Marihuana-Läden durch und beschlagnahmten rund 10,7 Kilo Marihuana und ein halbes Kilo Haschisch.

Vor fünfzehn Jahren stimmten die kalifornischen Wähler für die Initiative 215, die den begrenzten Verkauf von Marihuana für medizinische Zwecke legalisierte. Ein Quartett von Bundesanwälten sagte, dass seit der der Staat Kalifornien zur nationalen Nummer eins als Anbieter von medizinischem und anderem Marihuana geworden sei und sie planten, diese Gewinne einzuziehen und die Produzenten und Verkäufer ins Gefängnis zu stecken.

US-Staatsanwalt Benjamin Wagner, der das kalifornische Central Valley vertritt, sagte, nicht alle der Tausende von Ladenfront-Haschisch-Abgabestellen (storefront pot dispensaries) seien als Ziel ausgewählt worden. Stattdessen werden die Bundesbehörden zunächst gegen Haschisch-Geschäfte in der Nähe von Schulen, Parks, Sportplätzen und anderen Orten mit vielen Kindern sowie gegen "signifikante kommerzielle Betriebe" vorgehen. Er sagte, das schliesse auch Landwirtschaftsbetriebe ein, wo Marihuana angebaut werde.

„Es gibt eine einfache Erklärung für die zahlreichen Einzelhandelsläden, die Marihuana verkaufen, und sich oft in einem einzigen Block befinden, wie die acht Läden, die sich in einem Gebäude gegenüber einer Schule befinden und mit riesigen Werbetafeln für Ärzte werben, die bereit sind, individuelle Rezepte auszustellen“, sagte Andre Birotte, der den kalifornischen Central District, welcher Los Angeles, Orange und die Riverside Counties umfasst, betreut. Er sagte, dass es im Bundesjustizbezirk über tausend medizinische Marihuana-Abgabestellen gibt, mehr als in jeder anderen Region im Staat.

Birotte sagte, der Grund sei das Geld - und zwar viel davon. Er und die anderen US-Anwälte sagten, die organisierte Kriminalität hätte das staatliche medizinische Marihuana-Gesetz missbraucht, um Milliarden illegaler Gewinne zu machen.

Laura Duffy, US-Staatsanwältin für den südlichen Bezirk von Kalifornien sagte dem Journalisten des Radiosenders KPCC, Patt Morrison, am Freitag, dass das Hauptziel der Aktion sei, die Einzelhandelsläden mit Haschisch-Abgabestellen zu schliessen. "Dies sind Läden, die zu einem grossen Teil, von gesunden, jungen Menschen besucht werden, die sich für den Ausgang Arztrezepte gekauft haben, um Marihuana zu erhalten. Das sind viele Jugendliche und Freizeit-Drogenkonsumenten", sagte sie.

Duffy sagte die Massnahme gelte nicht Menschen, die legitim medizinisches Marihuana benötigen. Das wurde von Birotte bestätigt. Er sagte, alle profitorientierten, kommerziellen Marihuana-Geschäfte seien illegal, egal, wo sich die Abgabestelle befindet. "Während das kalifornische Gesetz den kollektiven Anbau von Marihuana unter begrenzten Umständen erlaubt, ist der kommerzielle Vertrieb durch das getarnte Laden-Modell, das wir überall in Kalifornien antreffen, verboten", sagte er.

Duffy sagte diese Industrie ermögliche auch andere Verbrechen, einschliesslich des Menschenhandels: "Hinter der Fassade des sogenannten medizinischen Marihuana hat sich ein Alptraum für die lokalen Strafverfolgungsbehörden entwickelt", sagte sie.

Ein „Green Camel Collective“ genannter Marihuana-Laden in der Vanowen Street nahe der Whittsett Avenue wurde am Freitag mit einem Vorhängeschloss versehen und geschlossen. FBI-Agenten führten in dem kleinen Geschäft diese Woche eine Razzia durch. Sie beschlagnahmten rund 12 Kilo Marihuana und ein halbes Pfund Haschisch. Bundesstaatsanwälte sagten, dass die Besitzer ein enorm profitables illegales Geschäft betrieben hätten. Ein Geschäftsmann in der Nähe des Ladens, der seinen Namen nicht nennen wollte, sagte, die Bundesagenten hätten etwa 10 Personen in Handschellen abgeführt, darunter ein Teenager und ein Mann mittleren Alters, dem Ladenbesitzer.

William Panzer - Co-Autor des kalifornischen medizinischen Marihuana Gesetzes - sagte zu Morrison, die Bundesregierung hätte es nicht nur auf kommerzielle Läden abgesehen. Eine Schlacht, meinte er, würde gegen Marihuana als Ganzes geführt: "Dieser Krieg gegen Cannabis dauert nun schon seit 1937, angetrieben durch gesellschaftliche und politische Gründe, während Wissenschaft, Rationalität, und der gesunde Menschenverstand erschreckend fehlen."

Das Büro der US-Staatsanwaltschaft veröffentlichte eine Pressemitteilung mit weiteren Einzelheiten ihrer geplanten Massnahmen gegen kommerzielle Marihuana-Geschäfte in Southland. Spezifische Ziele umfassen ein South Orange County Gebäude, das gemäss US-Staatsanwaltschaft über acht Marihuana-Läden verfüge, sowie über einen Dealerring, der Marihuana in einem Laden in San Fernando Valley verkaufe und angeblich Marihuana an Kunden bis New York senden würde.

Die US-Staatsanwaltschaft kündigte an, dass Abmahnungen an die Betreiber und Vermieter von 38 Marihuana-Läden geschickt werden und zivilrechtliche Klagen gegen drei Liegenschaften, und eine Anklage gegen sechs Personen wegen Marihuana-Handels, der 15.000.000 Dollar Gewinn innerhalb von acht Monaten erzielte, eingereicht wurde.

Die Warnbriefe weisen die Läden darauf hin, dass sie Bundesrecht verletzen und dass sie zwei Wochen Zeit haben, um den Verkauf oder die Verteilung von Marihuana durch ihre Läden einzustellen. Die Briefe werden in die Läden in Orange County, Riverside County und dem Inland Empire geschickt. In der Veröffentlichung heisst es: "Die Bereiche, in denen die ersten Warnungen versandt wurden, sind alles Gebiete, in denen lokale Beamte Schritte unternommen haben, um die Marihuana-Läden zu beseitigen und wo sie die Bundesregierung um Hilfe gebeten haben."

Die sechs Personen wurden angeklagt, für den heute nicht mehr existierenden North Hollywood Marihuana-Laden „NoHo Caregivers“ gearbeitet zu haben. Sie verkauften angeblich Marihuana in ihrem Laden, verkauften Marihuana an andere Geschäfte und sandten Marihuana an verbundene Unternehmen in New York und Pennsylvania. Sie vertrieben zwischen 300 und 350 Kilo Marihuana pro Monat, gemäss der Anklage.

Die Staatsanwaltschaft sagt, dass die Angeklagten verschlüsselte BlackBerry-Geräte verwendeten. Die von Ermittlern abgefangene E-Mail-Kommunikation gab detaillierten Aufschluss über den Vertrieb und die Zahlungen für das Marihuana. In einem E-Mail-Austausch zwischen den beiden führenden Angeklagten diskutieren sie über "die Menge von Marihuana, die sie im kommenden Jahr monatlich vertreiben wollen und sie schätzten, dass sie jeweils über 194.000 Dollar Gewinn pro Monat machen würden."

Die vier US-Staatsanwälte in Kalifornien, dem ersten Staat, der ein Gesetz zur Legalisierung des Marihuana-Konsums für Patienten mit ärztlichen Empfehlungen einführte, hielten am Freitag eine gemeinsame Pressekonferenz um "über die Massnahmen gegen den Verkauf, Vertrieb und Anbau von Marihuana zu orientieren."

Eine gemeinsame Konferenz von US-Staatsanwälten ist sehr ungewöhnlich, laut dem Reporter Michael Montgomery von der Zeitung California Report, der mit KPCC's Madeleine Brand sprach. Die US-Staatsanwälte hätten bisher noch nie so einstimmig gesprochen, sagte Montgomery.

Ihre Büros weigerten sich, im Voraus Einzelheiten über die Pläne der Beamten bekannt zu geben oder zu sagen, wie viele der Hunderte von kalifornischen Drogenhanfläden betroffen sind. Montgomery sagte, dass nächste Woche eine Flut von Briefen an Immobilienbesitzer in ganz Kalifornien versandt würde. Es bleibt abzuwarten, ob nur ein paar Einzelne ausgewählt wurden oder ob Briefe an Abgabestellen in ganz Kalifornien versandt werden. Eine mögliche Schwelle wären Abgabestellen, die mehr als 200 Kilo pro Jahr verkaufen, was nach Montgomery, eine Menge von Abgabestellen umfassen würde.

Die US-Staatsanwälte sandten anfangs diesen Jahres eine Brief über die Strafverfolgung, in dem es hiess, dass die Durchsetzung der Marihuana-Gesetze sowohl in Bezug auf die Aufzucht von Pflanzen und den Vertrieb zu einem Problem geworden sei, so Montgomery.

Besonders im Central Valley, ist die Strafverfolgung für die Beamten schwierig, weil es schwer ist zu beweisen, ob jene die Pflanzen anbauen, das legal oder illegal machen. Millionen Pflanzen werden in Kalifornien angebaut, sagt Montgomery. Die Strafverfolgung hat zu beweisen, dass es nicht darum geht Abgabestellen zu legitimieren, allerdings gibt es eine viel niedrigere Schwelle der Beweislast, um Eigentum zu beschlagnahmen.

Associated Press erhielt Kopien der Briefe, die ein Staatsanwalt an mindestens 12 San Diego Abgabestellen schickte. Sie erklärten, dass Bundesgesetz "Vorrang vor staatlichem Recht habe und unabhängig von der jeweiligen Verwendung gelte, für die eine Abgabestelle Marihuana verkaufe und vertreibe."

Barack Obama versprach zunächst eine andere Gangart als sein Vorgänger einzuschlagen, wenn er gewählt würde, ebenso wie Obamas Justizminister Eric Holder. Die Massnahme kommt ein wenig mehr als zwei Monate nach dem die Obama-Regierung ihrem Standpunkt gegenüber medizinischem Marihuana verschärfte. Zwei Jahre zuvor hatten Bundesbeamte verkündet, dass sie in Übereinstimmung mit den Gesetzen in den 16 Staaten, in denen Drogenhanf für Menschen mit ärztlichen Rezepten legal ist, nicht aggressiv gegen Abgabestellen vorgehen würden.

Das Justizdepartment schickte Ende Juni eine Grundsatzklärung an die Bundesankläger die besagte, dass Marihuana-Abgabestellen und lizenzierte Produzenten in Staaten mit medizinischen Marihuana-Gesetzen wegen Verstosses gegen das Bundes-Drogen-und Geldwäsche-Gesetze angeklagt werden könnten. Das Vorgehen zur Schliessung der kalifornischen Drogenabgabestellen scheint die bisher weitreichendste Massnahme, um diese Richtlinie in die Tat umzusetzen.

Greg Anton, ein Rechtsanwalt, der die medizinische Marijuana Abgabestelle „Marin Alliance“ vertritt, sagte, ihr Vermieter hätte am Mittwoch einen "äusserst bedrohlichen" Brief erhalten, der sich auf ein Bundesgesetz berief, dass zusätzliche Strafen für den Verkauf von Drogen innerhalb eines Umkreises von 300 Metern von Schulen, Parks und Spielplätzen beinhaltet. Der Vermieter wurde aufgefordert, den 14-jährigen Hanfklub aufzulösen oder Gefängnisstrafen plus Verlust des Eigentums und die ganze Miete zu riskieren, wenn die Abgabestelle weitergeführt würde, sagte Anton.

Kris Hermes, Sprecher der medizinischen Marihuana-Lobbygruppe Americans for Safe Access, sagte die Warnungen wären Teil dessen, was als Versuch der Obama-Administration medizinischen Marihuana an mehreren Fronten und durch mehrere Agenturen einzudämmen, erscheinen würde. Bei einer Reihe von Razzien gegen Abgabestellen in Montana zum Beispiel, seien nicht nur das FBI und die US Drug

Enforcement Agency beteiligt gewesen, sondern auch der Internal Revenue Service und die Environmental Protection Agency.

Das Vorgehen gegen Hauseigentümer ist keine neue Taktik, sagte Hermes. Vor fünf Jahren, machte das Justizdepartement unter Präsident George W. Bush ähnliche Drohungen gegen etwa 300 Vermieter der Los Angeles Gegend, die Mietfläche an medizinische Marihuana Läden vermieten, von denen einige schliesslich vertrieben wurden oder ihre Türen freiwillig schlossen, sagte er. "Es hatte Auswirkungen. Aber die Bundesregierung handelte nie auf ihre Drohungen, verfolgte niemanden je strafrechtlich, ging nie vor Gericht, um Anklage zu erheben", sagte Hermes. "Im Großen und Ganzen waren es leere Drohungen, aber sie verliessen sich auf sie und die Portokosten, um so viele Einrichtungen zu schliessen, wie sie konnten, ohne eine Strafverfolgungsaktivität ausüben zu müssen."

Die Idee der zivilen Beschlagnahme ist neu für die US-Staatsanwälte, obwohl sie das Eigentum derjenigen verfolgten, die Land an Produzenten verpachteten, sagte Montgomery. Er sagt, das Büro der US-Staatsanwaltschaft sei aufgrund ihrer Vollstreckungsbefugnisse eine bedeutendere und ernsthaftere Herausforderung für medizinisches Marihuana in Kalifornien als die DEA.

Während Kaliforniens Medical-Marihuana-Abgabestellen einer erneuten Verfolgung durch die Bundesregierung gegenüber stehen, würden Bundes- und lokale Beamte nicht planen, gegen jene vorzugehen, denen Marihuana verordnet wurde, sagte Montgomery.

Die Abgabestellen für Medical-Marihuana in San Diego, die gewarnt wurden, waren das gleiche Dutzend, das Vertreter der Stadt im vergangenen Monat wegen illegalem Betrieb verklagt hatten, nach dem dort Aktivisten drohten, eine Abstimmung für einen Bebauungsplan zu verlangen, um die in der Stadt schnell wachsenden medizinischen Marihuana-Industrie zu regulieren, sagte Stadtanwalt Jan Goldsmith. Ein Richter ordnete am Mittwoch die Schliessung von neun der betroffenen Läden an, während die anderen drei freiwillig schlossen, sagte Goldsmith.

Es stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung mehr durchschnittliche Abgabestellen, wie die Harborside Abgabestelle in Oakland verfolgen wird, während sie zuvor nur nach den schweren Fällen gefahndet hat, die wahrscheinlich auch gegen Staats- und Bundesgesetz verstossen, sagte Montgomery. Kaliforniens grosse Marihuana-Industrie umfasst grosse Ambulatorien, die mehr mit Freizeitkonsumenten zu tun haben, als mit ernsthaften Krebspatienten, sagte Montgomery.

Radiosender KPCC's Mike Roe und Madeleine Marke verfassten diesen Beitrag. Diese Story beinhaltet Informationen der Associated Press.

Crackdown on California pot dispensaries begins

Oct. 7, 2011 | [Corey Moore](#) & [Julie Small](#) | KPCC & wires

Medical pot advocates protest outside the U.S. Attorney's office in Sacramento on Oct. 7, 2011 as officials inside held a press conference on their plans to crack down on medical marijuana dispensaries in California. Federal agents raided this North Hollywood marijuana store seizing about 23.5 pounds of marijuana and nearly a pound of hashish.

Fifteen years ago, California voters passed Proposition 215 and legalized limited sales of marijuana for medical use. A quartet of federal prosecutors say that since then the state has become the nation's number one supplier of marijuana, medical or otherwise, and they plan to seize those profits and jail the growers and sellers.

U.S. Attorney Benjamin Wagner, who represents California's Central Valley, said not all of the thousands of storefront pot dispensaries operating in the state are being targeted. Instead, federal officials are initially going after pot shops located close to schools, parks, sports fields and other places where there are a lot of children, and what Wagner termed "significant commercial operations." He said that includes farmland where marijuana is being grown.

There is a simple explanation for the multiple retail marijuana stores that are located on a single block, the eight stores that are located in one building and across the street for a school and the huge billboards that advertise doctors who are willing to write recommendations for individuals," said Andre Birotte, who oversees California's Central District, which includes Los Angeles, Orange and Riverside Counties. He says that federal judicial district has a thousand medical marijuana dispensaries, more than any other district in the state.

Birotte says the reason is money — and lots of it. He and the other U.S. attorneys say organized crime has hijacked the state's medical marijuana law to make billions in illicit profits.

[Laura Duffy](#), the U.S. Attorney for the Southern District of California [told KPCC's Patt Morrison Friday](#) that, overall, the effort aims to shut down retail pot dispensaries. "These are businesses that are, in large part, visited by healthy young people who have gone out and paid for doctor recommendations to obtain marijuana. These are a lot of youth and recreational drug users," she said.

Duffy said the crackdown isn't aimed at people who have a legitimate need for medical marijuana. Her sentiment has been echoed by [Birotte](#). He says all for-profit, commercial marijuana operations are illegal, no matter where the dispensary is located. "While California law permits collective cultivation of marijuana in limited circumstances, it does not allow commercial distribution through the storefront model we see across California," he said.

Duffy says the industry enables other crimes, including human trafficking: "The façade of so-called medical marijuana has become a local law enforcement nightmare," she said.

A marijuana store called the Green Camel Collective on Vanowen Street near Whitsett Avenue was padlocked and closed for business on Friday. FBI agents raided the small shop this week. They seized about 24 pounds of marijuana and nearly a pound of hashish. Federal prosecutors say the operators ran an enormously profitable illegal enterprise. A business owner near the shop, who didn't want to give his name, said federal agents took away about 10 people in handcuffs, including a teenage boy and a middle-age man who ran the operation.

William Panzer — who co-authored California's medical marijuana law — [told Morrison](#) the federal government is taking aim at more than commercial store fronts. A battle, he said, is being waged against

marijuana as a whole: "This war against cannabis has been going on since 1937, driven by society reasons, driven by political reasons, and what's horribly absent is science, is rationality, common sense."

The United State Attorney's Office released a press release detailing their enforcement plans for commercial marijuana operations in the Southland. Specific targets include a South Orange County building that the U.S. Attorney's Office says houses eight marijuana stores, as well as a trafficking ring that sold marijuana at a San Fernando Valley storefront and allegedly sent marijuana to customers as far away as New York.

The U.S. Attorney's Office announced warning letters are being sent to the operators and landlords of 38 marijuana stores, civil forfeiture lawsuits are being filed against three properties, and an indictment charging six people with marijuana trafficking that generated \$15 million in profits over eight months.

The warning letters tell the stores that they are in violation of federal law and that they have two weeks to discontinue selling or distributing marijuana through their stores. The letters are being sent to stores in Orange County, Riverside County and the Inland Empire. According to the release, "The areas in which the initial warnings have been sent are all areas where local officials have taken steps to eliminate marijuana stores and have asked the federal government for assistance."

The six being indicted worked for a now-defunct North Hollywood marijuana store, NoHo Caregivers. They allegedly sold marijuana at their store, sold marijuana to other stores and sent marijuana to affiliates in New York and Pennsylvania. They distributed between 600 and 700 pounds of marijuana per month, according to the indictment.

The indictment says that the defendants used encrypted BlackBerry devices, but investigators intercepted email communications detailing the store's distribution and payments for the marijuana. One email exchange between the two lead defendants included them discussing "the amounts of marijuana they intended to distribute monthly over the coming year and estimated that they would each receive over \$194,000 in profits per month."

The four U.S. attorneys in California, the first state to pass a law legalizing marijuana use for patients with doctors' recommendations, held a joint news conference Friday to "outline actions targeting the sale, distribution and cultivation of marijuana."

A joint conference by U.S. attorneys is highly unusual, according to reporter Michael Montgomery of the California Report, [who spoke with KPCC's Madeleine Brand](#). The U.S. attorneys have not previously spoken with a single voice like this, Montgomery says.

Their offices refused to provide details in advance about what moves the officials are taking or how many of the state's hundreds of storefront pot shops would be affected. Montgomery said that there may be a flood of letters sent to property owners around the state next week. It remains to be seen whether only a few will be targeted, or if letters will be sent to dispensaries around the state. A potential threshold is dispensaries that sell more than 400 pounds per year, according to Montgomery, which would include a lot of dispensaries.

The U.S. attorneys sent a letter earlier this year to law enforcement saying that enforcing marijuana laws related to both growing plants and distribution had become a problem, according to Montgomery.

Particularly in the Central Valley, it's been difficult for officials to prosecute as it's been hard to prove whether those growing the plants are doing so legally or not. As many as a million plants are being grown in the open in California, Montgomery says. Law enforcement has to prove that it's not going to legitimate dispensaries; however, there's a much lower threshold of proof to seize property.

The Associated Press obtained copies of the letters that a prosecutor sent to at least 12 San Diego dispensaries. They state that federal law "takes precedence over state law and applies regardless of the particular uses for which a dispensary is selling and distributing marijuana."

Barack Obama initially promised a different tact than his predecessor when elected, as did Obama's Attorney General Eric Holder. The move comes a little more than two months after the Obama administration toughened its stand on medical marijuana. For two years before that, federal officials had indicated they would not move aggressively against dispensaries in compliance with laws in the 16 states where pot is legal for people with doctors' recommendations.

The Department of Justice issued a policy memo to federal prosecutors in late June stating that marijuana dispensaries and licensed growers in states with medical marijuana laws could face prosecution for violating federal drug and money-laundering laws. The effort to shutter California dispensaries appeared to be the most far-reaching effort so far to put that guidance into action.

Greg Anton, a lawyer who represents dispensary Marin Alliance for Medical Marijuana, said its landlord received an "extremely threatening" letter Wednesday invoking a federal law that imposes additional penalties for selling drugs within 1,000 feet of schools, parks and playgrounds. The landlord was ordered to evict the 14-year-old pot club or risk imprisonment, plus forfeiture of the property and all the rent he has collected while the dispensary has been in business, Anton said.

Kris Hermes, a spokesman for the medical marijuana advocacy group Americans for Safe Access, said the warnings are part of what appears to be an attempt by the Obama administration to curb medical marijuana on multiple fronts and through multiple agencies. A series of dispensary raids in Montana, for example, involved agents from not only the FBI and U.S. Drug Enforcement Agency, but the Internal Revenue Service and Environmental Protection Agency.

Going after property owners is not a new tactic though, Hermes said. Five years ago, the Department of Justice under President George W. Bush made similar threats to about 300 Los Angeles-area landlords who were renting space to medical marijuana outlets, some of whom were eventually evicted or closed their doors voluntarily, he said. "It did have an impact. However, the federal government never acted on its threats, never prosecuted anybody, never even went to court to begin prosecutions," Hermes said. "By and large, they were empty threats, but they relied on them and the cost of postage to shut down as many facilities as they could without having to engage in criminal enforcement activity."

The idea of civil forfeiture is new for the U.S. attorneys, though, going after the property belonging to those leasing land to growers, according to Montgomery. He says that the U.S. Attorney's Office presents a more significant and serious challenge to medical marijuana in California than the DEA due to their enforcement powers.

While California's medical marijuana dispensaries face renewed opposition from the federal government, federal and local officials aren't planning on going after those who've been prescribed marijuana, Montgomery said.

The San Diego medical marijuana outlets put on notice were the same dozen that city officials sued last month for operating illegally, after activists there threatened to force an election on a zoning plan adopted to regulate the city's fast-growing medical marijuana industry, City Attorney Jan Goldsmith said. A judge on Wednesday ordered nine of the targeted shops to close, while the other three shut down voluntarily, Goldsmith said.

One question is whether the federal government will pursue more mainstream dispensaries, such as the Harborside dispensary in Oakland, while they've previously only gone after outlier dispensaries that would likely have also been in violation of state as well as federal law, Montgomery said. California's large marijuana economy includes large dispensaries that cater more to recreational users than to serious cancer patients, Montgomery said.

KPCC's Mike Roe and Madeleine Brand contributed to this story. This story incorporates information from the Associated Press.